



Joachim Becker/Andrea Komlosy (Hg.), Grenzen weltweit. Zonen, Linien, Mauern im historischen Vergleich, Wien 2004 (Promedia), 234 S.

Grenzen und Grenzregionen gehören bereits seit den achtziger Jahren zum Forschungsgegenstand zahlreicher Disziplinen, wie etwa der Geographie, Geschichte, Soziologie, Ethnographie, Wirtschaft und Politologie. In der Soziologie gibt es sogar eine eigene Disziplin „Soziologie der Grenzregion“. Da in verschiedenen Regionen Grenzen sich bis heute ständig verändern – die einen verschwinden, andere entstehen neu – besitzt der Problemkomplex bleibende politische Bedeutung.

Malcolm Anderson bezeichnet Grenzen als „politische Institutionen, ohne die keine wirtschaftlichen, sozialen oder politischen Bindungen innerhalb verschiedener Gesellschaften konstruiert werden können“. ¹ Vor dem Hintergrund der Grenzverhältnisse lassen sich mehrere Phänomene erklären. So spiegelt der offene, halboffene oder geschlossene Charakter einer Grenze die Beziehungen zwischen den angrenzenden Staaten wider. Man kann auch darlegen, welche internationalen Bestimmungen für einzelne Grenzen gelten. Überdies verdeutlichen die in Grenzregionen herrschenden Verhältnisse auf der Mikroskala, welchen Charakter die Kontakte zwischen den Nachbarstaaten auf der Makroskala besitzen.

Die Grenze in ihrer materialen wie in ihrer symbolischen Bedeutung erscheint in beinahe jedem Lebensbereich. In dem von Joachim Becker und Andrea Komlosy herausgegebenen Sammelband kommen diese vielfältigen Ausdrucksformen einer Grenze zum Ausdruck. Sie stellen sowohl Staatsgrenzen, innerstaatliche Grenzen, regionale Grenzen, als auch ökonomische, soziokulturelle, ethnische und religiöse Grenzen in ihren unterschiedlichen Erscheinungs- und Entwicklungsformen dar.

In ihrer theoretischen Einführung beschreiben die Herausgeber zunächst verschiedene Typen von Grenzen. Die bestgesicherte, undurchdringlichste Grenze der Welt war die Systemgrenze zwischen West und Ost. Nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ (Churchill) trat an die Stelle der Systemgrenze die aus anderen Regionen bekannte, ökonomisch bedingte Wohlstandsgrenze. Im Weiteren zeigen Joachim Becker und Andrea Komlosy, dass sich eine Staatsgrenze nicht allein auf ihren politischen Aspekt reduzieren lässt, sondern auch soziale, kulturelle und wirtschaftliche Aspekte besitzt.

Die drei folgenden Beiträge widmen sich komparatistischen Gesichtspunkten. Hans-Heinrich Nolte vergleicht in seinem Beitrag die deutsche Ostgrenze des Mittelalters, die russische Südgrenze der frühen Neuzeit und die US-amerikanische Westgrenze der Neuzeit miteinander. Besonders interessant erschei-

1 Malcolm Anderson, *European Frontiers at the End of the Twentieth Century: An Introduction*. In: Malcolm Anderson/Eberhard Bort (Hg.), *The Frontiers of Europe*, London/Washington 1998, S. 4.

nen die herausgearbeiteten Ähnlichkeiten. In allen drei Fällen stellte die Grenze anfangs keine hermetische Linie, sondern eine Zone dar. Überall herrschte eine „Freiheit der Grenze“ (S. 71), die auf folgenden Motiven beruhte: Die Menschen wollten schnell reich werden, den engen Kontrollen daheim entgehen, neue Gesellschaftsformen aufbauen oder auch alte Gesellschaftsformen retten.

Joachim Becker und Asli E. Odman vergleichen das Habsburgerreich und das Osmanische Reich im Hinblick auf deren politische Ökonomie im Prozess des Zusammenbruchs bzw. nach dem Zerfall einerseits und hinsichtlich des Erbes für die Bildung der Nachfolgestaaten andererseits. Die Autoren zeigen auf, wie sich die Auflösung der Habsburger Monarchie bzw. des Osmanischen Reiches um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert auf neue Grenzbildungen auswirkte: In den kleinteiliger parzellierten Regionen führten Konkurrenzen und Klassenkonflikte zur Entstehung neuer Außengrenzen zwischen souveränen Staaten. Während im Fall des Habsburgerreiches sprachliche Grenzen zur Definition der Nation herangezogen wurden, sei es im Osmanischen Reich zu einer maßgeblichen Politisierung der Konfessionen im Staatsbildungsprozess gekommen. Der Erste Weltkrieg habe in beiden Reichen den Zusammenhalt nicht gestärkt, sondern sich als Katalysator für deren Zerfall erwiesen (S. 95).

Andrea Komlosy unternimmt, bezogen auf die Felder Migration und Freizügigkeit, einen Vergleich zwischen der Habsburgermonarchie und der Europäischen Union. Dabei untersucht die Autorin zudem die Wechselwirkung zwischen Binnen- und Außengrenze. Sie vertritt die These, dass – obwohl die Binnengrenzen von der Veränderung der Außengrenze betroffen worden seien – die Verstärkung der Außengrenzen nicht zum Verschwinden der Binnengrenzen geführt habe (S. 103). Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die Reisefreiheit in der Habsburgermonarchie viel größer war als innerhalb der Europäischen Union, da die Aufhebung der Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der Schengen-Vertragsstaaten auf Staatsbürger der Europäischen Union beschränkt ist.

Hennig Melber setzt sich am Beispiel Namibias mit dem Kolonialstaat und dessen Hypothek für die staatliche Unabhängigkeit auseinander. Der Autor beschreibt, wie das Frontier-Thema bei der Transformation von kolonialen in nachkoloniale Verhältnisse zum Verständnis staatlicher Herrschaft beiträgt. Für die Mehrheit der namibischen Bevölkerung gehören Nationalstolz und nationale Grenzen zum integralen Bestandteil ihrer namibischen Identität.

Viktoria Waltz beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit der schwierigen Frage der Grenzziehungen zwischen Israel und Palästina. Zuerst stellt sie die Etappen der räumlichen Entwicklung in der Region dar, um auf diese Weise den heutigen Konflikt entlang der Siedlungs- und Raumplanungen verständlicher zu machen. Bis 1993 befanden sich in der Westbank und in Gaza mehr als 60 Prozent des Territoriums unter israelischer Kontrolle. Die Autorin vertritt die Auffassung, dass die Besatzungspolitik Israels bis heute vor allem auf die Behinderung einer selbständigen räumlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Palästinas ausgerichtet sei. „Israels Planung will auf die Vertreibung der Palästinenser und eine

komplette Beherrschung der Region – politisch, wirtschaftlich und militärisch – hinaus“ (S. 158).

Von dem Phänomen der Grenze sind auch Zwillingstädte betroffen, die häufig geteilte Städte sind. An den europäischen Grenzen findet man mehr als 60 solcher Orte. In Ostmitteleuropa sind diese überwiegend das Resultat von Grenzziehungen im 20. Jahrhundert. Helga Schultz stellt in ihrem Beitrag die Ergebnisse der Untersuchung von 20 europäischen Städtepaaren dar. Mit Hilfe von Faktoren wie Geschichte, Sprache, Minderheiten, Grenzregime, Grenzübertritte, Kooperation etc. beschreibt sie Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen östlichen Zwillingstädten und Zwillingstädten innerhalb der Europäischen Union. Gegenwärtig können vor allem die letzteren als Laboratorien für die europäische Integration gesehen werden. Für die Kooperation zwischen den östlichen Zwillingstädten sei Unterstützung von Seiten der Europäischen Union besonders wichtig.

Hannes Hofbauer setzt sich mit den Wohlstandsgrenzen des früheren Jugoslawien auseinander. Der Autor stellt dar, wie die vier Kriege um die staatlich-nationale Neuordnung des Balkans (Zollkrieg in Slowenien, kroatischer „Heimatkrieg“, bosnischer Bürgerkrieg und Krieg um Serbien) den südslawischen Raum desintegrierten. Der Zerfall Jugoslawiens erfolgte nicht allein auf Grund nationaler Begehrlichkeiten oder religiöser Differenzen, sondern auch aus ökonomischen Gründen (S. 193).

Die monetäre Vielfalt Argentiniens widerspricht der landläufigen Vorstellung „ein Staat, eine Währung“ (S. 203). Joachim Becker und Paola Visca analysieren in ihrem Beitrag, wie es zur Herausbildung eines Mehrwährungsstandards in Argentinien kam: „Was sind die geographischen, aber auch sozialen Grenzen der verschiedenen Währungen, die [...] in Argentinien zirkulierten?“ Sie schildern, wie in verschiedenen historischen Phasen, vor allem aber während der letzten großen Finanzkrise, US-amerikanische Dollars, argentinische Pesos, Patacones und weitere Quasiwährungen parallel in den verschiedenen Provinzen Argentiniens in Umlauf waren.

Mit Grenzen sind Migrationen eng verbunden. Karen Imhof beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit den Ursachen und der Entwicklung der mexikanischen Arbeitsmigration in die USA. Als wichtigsten Grund für diese Migration sieht sie die mexikanische Wirtschaftskrise, die zwischen 1994 und 1996 ihren Höhepunkt erlebte. Vor allem in der Landwirtschaft stellte sich die Situation dramatisch dar. Seit den frühen 1980er Jahren stieg die mexikanische Migration in die USA drastisch an, da immer mehr MexikanerInnen den Grenzübertritt als Überlebensstrategie für sich wählten. Karen Imhof meint, dass die strikte Grenzpolitik eine wirtschaftliche Funktion erfülle, indem sie das Angebot an einheimischen Billigarbeitskräften in den USA sichern solle. ArbeitsmigrantInnen werde eine untergeordnete Position am Arbeitsmarkt zugewiesen, und sie würden gleichzeitig von bestimmten sozialen und staatsbürgerlichen Rechten ausgeschlossen (S. 232).

Der Sammelband von Joachim Becker und Andrea Komlosy erfüllt das von den Herausgebern gesteckte Ziel, die Grenzen in ihren unterschiedlichsten Erscheinungs- und Entwicklungsformen aufzuzeigen. Die Beiträge, die in geographischer wie methodischer Hinsicht eine große Vielfalt aufweisen, repräsentieren verschiedene Typen von Grenzen: Staatsgrenzen, Wirtschafts-, Wohlstands- und Kulturgrenzen. Das Buch ist nicht nur Forschern zu empfehlen, die sich mit Grenzen und Grenzregionen befassen, sondern verspricht auch anderen Interessenten eine spannende Lektüre.

Dr. Katarzyna Stokłosa, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden, D-01062 Dresden.



Jan C. Behrends/Thomas Lindenberger/Patrice G. Poutros (Hg.), *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*, Berlin 2003 (Metropol Verlag), 376 S.

Die Wissenschaft (und die Geschichtswissenschaft selbstverständlich auch) soll nicht unbedingt geradlinig nützlich oder nutzbar sein. Vorteile und Gewinne der wissenschaftlichen Untersuchungen sind nicht immer leicht zu erkennen und zielen oftmals auf die Anhäufung von Wissen, bis sich eine kritische Masse formiert hat, und nicht auf die Lösung von konkreten menschlichen Problemen. Das vorliegende Buch ist ein hervorragendes Beispiel für eine entgegengesetzte Auffassung und zeigt anschaulich, was die Geschichtswissenschaft beitragen kann, um unsere heutige Welt zu verstehen und vielleicht sogar zu verbessern.

Die Publikation geht auf eine Konferenz zurück, die am Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung im Dezember 2000 stattgefunden hat. Das Werk umfasst sechs Sektionen mit jeweils mehreren Beiträgen. Die erste, einleitende Sektion besteht aus zwei Artikeln, von denen der erste eine informative Einführung der drei Herausgeber ist. Darin werden die Hauptbegriffe geklärt und die relevante Literatur vorgestellt. Ein Satz spiegelt eine der Hauptthesen des gesamten Buches wider: „Der Nationalismus, mit dem man heute in postsowjetischen Gesellschaften konfrontiert ist, stellt keine Wiedererfindung, sondern ein Element der Kontinuität dar, das auch nach dem Ende der Regime blieb“ (S. 10). Trotz aller Komplexitäten und Zweideutigkeiten, die fast in allen Beiträgen zum Ausdruck kommen, bedeutet die Feststellung dieser Kontinuität des Denkens in nationalen und fremdfeindlichen Kategorien das vielleicht wichtigste Ergebnis des Bandes. Der einleitende Artikel von Jürgen Daniel über die Hypothe-

ken der „DDR-Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur“ unterstreicht diese Erkenntnis.

Die zweite Sektion „Staatssozialismus als Fremdherrschaft“ stellt die Sowjetmenschen als „Besitzer“ und „Freunde“ dar. Insbesondere im Beitrag von Jan Behrends über die „deutsch-sowjetische Freundschaft“ wird deutlich, dass der Mangel an öffentlicher Diskussion in der DDR zur Verfestigung von Stereotypen über „die Russen“ geführt hat.

Der dritte Teil, der „gesamtdeutsche Dimensionen“ beinhaltet, wird mit einem lesenswerten Beitrag von Christoph Classen über den „öffentlichen Umgang mit dem Nationalsozialismus in beiden deutschen Staaten“ eröffnet. Ina Dietzsch schildert, basierend auf mehreren tausend persönlichen Briefen „das Problem kultureller Zugehörigkeit“ der Deutschen in einem geteilten Land. Der anthropologische Ansatz der Autorin sowie die sorgfältig ausgewählten Quellen stellen zweifellos einen der Höhepunkte des Buches dar.

Die soziale Ausgrenzung in der DDR wird in der vierten Sektion anhand mehrerer konkreter Beispiele (Sudetendeutsche Antifa-Umsiedler, Jugendkultur, Rostock) behandelt. Dazu schafft der Beitrag von Thomas Lindenberger über „Klassendiskurs und Exklusion“ einen Rahmen, der die juristische Konstruktion des „asozialen Verhaltens“ in der DDR thematisiert.

Die fünfte Sektion enthält eine Reihe von Aufsätzen, die sich mit der Problematik „Ausländer in der DDR“ beschäftigen. Eine breite Palette von Beiträgen behandelt Themen wie die Politemigranten, das SWAPO-Kinderheim in Berlin, die ausländischen Vertragsarbeiter und die polnischen Arbeiter in Frankfurt/Oder. In fast allen Beispielen wird deutlich, wie die Kontinuität alter Denkmuster und die unmöglichen Verordnungen der staatssozialistischen Autoritäten, ungeachtet gelegentlicher freundlicher Aufnahmen, zu erschreckenden Fällen der Ausländerfeindlichkeit führten. Allerdings wird auch in nahezu allen Artikeln gezeigt, wie schwierig es sein kann, das Modell der Vergangenheit auf gegenwärtige Ereignisse zu übertragen. Patrice G. Poutrus rekonstruiert anhand der Berichte des MfS zahlreiche Probleme, mit denen die politischen Emigranten in der DDR konfrontiert wurden. Sie befanden sich „in einer institutionell abhängigen und somit schwachen und letztlich gefährdeten Position“ (S. 250). Annegret Schüler zeigt in ihrem Aufsatz über die Wahrnehmung der Vertragsarbeitskräfte in einer Leipziger Baumwollspinnerei, wie die Ausländer zu Projektionsflächen aller Ängste und Vorbehalte der Deutschen geworden sind. Dies bedeutet eine direkte Parallele zu heutigen Phänomenen, ohne eine Konsequenz der damaligen Fremdenfeindlichkeit zu sein.

Der letzte Teil des Buches besteht aus einem Anhang, der ein Thesenpapier von Jan C. Behrends, Dennis Kuck und Patrice Poutrus zu „historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den Neuen Bundesländern“ sowie eine nützliche Bibliografie zum Thema enthält. Insgesamt fällt das Urteil über die Publikation positiv aus. Kein Aufsatz fällt gegenüber den anderen ab, was in Tagungsbänden oft der Fall ist. Das Buch ist empfehlenswert, nicht nur für Historiker oder Soziologen, sondern auch für Politiker und diejenigen, die sich in

der Praxis mit dem Problem der Ausländerfeindlichkeit und des Nationalismus nicht nur in den Neuen Bundesländern beschäftigen.

Dr. Katarzyna Stokłosa, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden, D-01062 Dresden.



Norbert Hoerster, *Die Frage nach Gott*, München 2005 (Verlag C.H. Beck), 125 S.

Existiert Gott? Nein, es gibt keine ausreichenden rationalen Gründe, an die Existenz Gottes zu glauben (S. 114). Das ist die wenig überraschende Antwort von Norbert Hoerster auf die klassische Frage nach Gott. Schon Immanuel Kant schloss aus den Grenzen der reinen Vernunft auf die Ungültigkeit der Gottesbeweise. Nun also auch Hoerster. Hoerster hat sich in jüngster Zeit ebenso scharfsinnig wie provokant mit aktuellen Fragen der praktischen Vernunft auseinandergesetzt. Für sein neues Buch beansprucht er keine Originalität. Es ist eine feine Argumentationsübung, eine Propädeutik für den ungeübten Leser. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. In neun behutsam geschriebenen Abschnitten widerlegt Hoerster einen Gottesbeweis nach dem anderen.

Der ontologische Beweis, der von der subjektiven Idee einer absoluten Vollkommenheit auf deren objektive Existenz schließt, sei schlicht tautologisch (S. 16 f.). Der kosmologische Beweis, der Gott als erste Ursache in der Kausalkette des Seins sieht, sei reduktionistisch (S. 20). Der Kontingenzbeweis, wonach Gott der metaphysisch notwendige Grund aller nicht notwendigen (kontingenten) Ereignisse ist, sei perspektivistisch (S. 26). Der teleologische Beweis, der von der Zweckmäßigkeit und Ordnung der Welt auf einen allweisen Baumeister zurückverweist, sei eine kurzschlüssige, anthropomorphe Analogie (S. 28). Der Beweis „durch Offenbarung“, wonach Gott sich uns durch Wunder, mittels ekstatischer Erlebnisse oder anderer religiöser Erfahrungen offenbart, sei psychologisch (S. 50). Der moralische Beweis, wonach Gott sittliches Bewusstsein begründet und menschliches Verhalten bemisst, sei traditionalistisch (S. 65). Der Beweis, wonach Gott dem menschlichen Dasein Sinn stiftet, sei funktionalistisch (S. 69). Und schließlich die Beweise vor dem Hintergrund der Frage, warum Gott das Böse in der Welt zulässt (Theodizee): Sie seien angesichts der Grausamkeit der Natur und der Verbrechen der Menschen voluntaristisch bis zynisch (S. 113). Gott, so das Resümee Hoersters, ist eine Hypothese, derer wir nicht bedürfen. Er kann für unser Leben keine erkennbare Bedeutung gewinnen (S. 118).

Wer wie Hoerster als Rechtsphilosoph mit der rationalen Welt auskommt, braucht sich nicht um Glaubensfragen zu kümmern. Und doch stellt er sich der Frage nach Gott. Warum nur will Hoerster die Vernunftargumente gegen Gott stärken? Traut er einer schwachen Vernunft nicht über den Weg? Oder hat Jacques Lacan Recht mit seiner Behauptung, „Gott ist unbewusst“ sei die einzige angemessene Formel des Atheismus?

Es steht außer Frage, dass Gott existiert. Nur wissen wir nicht, ob Gott den Menschen oder der Mensch Gott erschaffen hat. Aus Hoersters Verwunderung über das Fortleben des Glaubens an Gott (S. 114 ff.) spricht der tätige Geist der Aufklärung. Das starke Vernunftargument lässt die Welt nicht in Ruhe. Es will sie gestalten, verbessern. Doch gerade wegen seines emanzipatorischen Anspruchs ruht dieser vernunftdurchtränkte Geist auf jenen metaphysischen Restbeständen, die er letztlich leugnet. Der Glaube an die starke Vernunft will objektive Kriterien, mit denen wir gegen das Ideologische, Irrationale oder schlicht Falsche zu Felde ziehen, begründen. Dieser Letztbegründungsanspruch konterkariert Hoersters Intention, an jenen „gänzlich metaphysikfreien“ (S. 54) Punkt zu gelangen, von dem aus nichts mehr, kein Glaube an Gott, keine Wahrheit, kein Sinn und keine Ordnung der Dinge, universal anerkannt und evident ist, sondern kontingent (S. 26).

Es ist das Argument der schwachen Vernunft, dass weder Gott noch Wahrheit, weder Sinn noch Ordnung ein Prädikat von absolutem Status ist. Ihre Geltung ist abhängig davon, wer spricht, denkt oder erkennt (S. 76). Gott, Wahrheit, Sinn und Ordnung sind daseinsrelativ. Erst der historische Sinn für Kontingenz kann eine konsequent freiheitliche Haltung begründen. Wir müssen uns eingestehen, was Hoersters emanzipatorischer Anspruch verdrängt: Der historische Sinn weiß, dass er perspektivisch ist und lehnt das System seiner eigenen Ungerechtigkeit nicht ab. Das Eingedenken der eigenen Perspektivität und Kontingenz ist Ausdruck der sokratischen Einsicht in die prinzipielle „Ungerechtigkeit“ jeden Wissens, mithin auch des Wissens, dass Gott nicht existiert.

Gelassenheit und Ironie ruhen im Wissen des eigenen Nichtwissens. Dieses Bewusstsein hat eine gesteigerte Relevanz für den Zusammenhang von Totalitarismus und Demokratie, der uns an dieser Stelle interessieren soll. Hoerster betont diesen Aspekt, indem er das Argument zurückweist, nur eine Letztbegründung des Ethos in Gott bewahre eine freiheitliche Gesellschaft vor dem Umschlagen in Nihilismus und Totalitarismus (S. 52), gebe dem Dasein Sinn (S. 67 ff., S 74 f.).

Bewusstsein ist immer intentional. Es hat immer etwas im Sinn (S. 75). Doch was bedeutet es, welche politische Relevanz hat es, wenn die Welt im Grunde als gänzlich sinnlos empfunden wird, wenn dem Bewusstsein die Sinnlosigkeit seines Daseins voll einsichtig wird? Was bedeutet es für die politische Ordnung, auf einer sinnlosen, gottlosen Welt zu bauen?

Damit der Mensch nicht ins trostlose Ungefähr einer bloß spielenden Natur versinkt und ins Selbstzerstörerische umschlägt, hat Kant das Prinzip der Sinnhaftigkeit als regulative Idee vorgestellt. Das teleologische Urteil wird nur hinzu-

gedacht, so dass das Dasein erscheint, „als ob“ in ihm die Natur Absichten verfolgt. Also nochmals: „Von Natur aus“ ist da nichts, auf das der Mensch vernünftigerweise bauen oder zurückgreifen könnte.

Der Glaube enthält die Prämissen der Sittlichkeit prinzipiell nicht (S. 53 f.). Dennoch geht der Totalitarismus in der Exekution von Wahrheit über die Grenzen des Unverfügbaren hinaus und destruiert damit die politische Freiheit. Freiheit gibt es nur dort, wo die Geltung dieser Freiheit getrennt bleibt von der politischen Geltung der Vorschriften, die der Verwirklichung der Freiheit zu dienen beansprucht. Zwar lassen sich für politische Normen immer, exemplarisch in der demokratischen Ordnung, gute Gründe anführen, dennoch können und dürfen sie deswegen nicht mit dem Anspruch auf Wahrheit verbindlich gemacht werden. Erst in der Nicht-Identität von objektiven Autoritätsansprüchen und subjektiver Wahrheitssuche konstituiert sich politische Freiheit. Erst wenn das Subjekt nicht verpflichtet wird, politische Wahrheitsgründe als solche anzuerkennen, bleibt der diskursive Raum zur argumentativen Begründung von Normen und ihrer sozialen Geltung erhalten.

Eine freiheitliche Ordnung lebt von Voraussetzungen, die sie selbst nicht garantieren kann. Es gibt keine Sakralisierung des politischen Systems, sondern allenfalls eine Pragmatisierung der Politik. Ein sittliches Fundament des Staates ist nicht mehr denkbar. Auch gibt es keine Möglichkeit, dieses Legitimationsdefizit durch ein bürgerliches Glaubensbekenntnis zu kompensieren. Spätestens mit der Aufklärung hat sich Politik von Religion emanzipiert und den Bürger von religiösen und quasireligiösen Implikationen befreit. Es gibt kein Surrogat. Der Bürger kann vom Staat nicht verpflichtet werden, eine bestimmte Werthaltung, einen allen gemeinsamen politischen Glauben oder auch nur irgendeine weltanschauliche Überzeugung zu teilen, um einen staatstragenden Kanon von Grundwerten zu verinnerlichen. Kein Staat kann einen Gehorsam in Fragen, die die Identität des Menschen berühren, einfordern. Das überfunktional Verbindende, der geistige Grund des Staates, kann nicht in einer gemeinsamen Gesinnung liegen. Im Gegensatz zum „sittlichen Staat“ ist eine freiheitliche Ordnung nicht die Substanz der Sittlichkeit, durch die dem Individuum erst Sinn verliehen würde. Der Staat ist nicht das bessere Ich des Volkes. Politische Entscheidungen, die sich Unbedingtheit anmaßen und den Bürger bis in den Kern seiner Persönlichkeit verpflichten wollen, sind der „Gipfel moralischer Unvernunft“ (S. 56), sind weltanschaulicher Terror.

Der Staat ist, so wie das menschliche Dasein, kontingent. Insofern ist sein fundamentales Legitimationsdefizit notwendig. Die freiheitliche Ordnung ist in letzter Instanz haltlos. Es gibt keinen Liberalitätsgaranten gegen politische Totalitätsansprüche, die nicht nur das Handeln vorschreiben, sondern auch in die Gesinnung und das Gewissen des Bürgers eingreifen wollen, außer das im common sense verankerte, liberale Bewusstsein selbst.

Daher gilt für kritisches Denken nach der totalitären Erfahrung: Nicht mehr Belehrung und Ermahnung, nicht mehr die Ausbreitung von Tugend und Vernunft, sondern die Entlarvung und Diskreditierung offizieller Fassaden, herr-

schender Moralansprüche und dargestellter Selbstüberzeugungen sind das dominante Motiv. Im Epilog scheint Hoerster zu ahnen, dass einzig der Anspruch des Unbedingten, dem Relativen Gerechtigkeit widerfahren lässt. Indem er Unwahrheit auf sich nimmt, führt er an die Schwelle von Wahrheit im konkreten Bewusstsein der Bedingtheit menschlicher Erkenntnis (S. 122). Aber genau dieser Gedanke einer negativen Dialektik, der sein eigenes Scheitern impliziert und dadurch einen Wahrheitseffekt erzeugt, bleibt unausgesprochen. Hoerstes Reflexionen enden, wo es spannend wird.

Dr. Marc-Pierre Möll, Lehrbeauftragter am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität Berlin, Dorotheenstr. 26, D-10099 Berlin.



Konrad Jarusch, Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995, München 2004 (Deutsche Verlags-Anstalt), 500 S.

Konrad Jarusch legt eine Geschichte des geteilten und 1990 wiedervereinigten Deutschland vor, die einem neuen und originellen Ansatz folgt: Untersucht werden die erzwungenen Neuorientierungen der Deutschen nach dem Sieg der Alliierten über das „Dritte Reich“, die widersprüchlichen Modernisierungsschübe in Bundesrepublik und DDR sowie die zivilgesellschaftlichen Herausforderungen in beiden deutschen Staaten. Es geht also um die allgemeine Transformation deutscher Kultur und Gesellschaft

zwischen 1945 und 1995 durch Veränderungen von Anschauungen und Verhaltensweisen im Alltag, die Jarusch als Abkehr von aggressiven Tendenzen und autoritärem Habitus ausmacht. Diese Änderung interpretiert er zu recht als den langen Weg hin zu einer Zivilgesellschaft, polemisiert jedoch gleichzeitig dagegen, dies wie Heinrich August Winkler als „langen Weg nach Westen“ zu sehen. Diese Polemik ist unbegründet, weil sich beide Tendenzen ergänzen, ja miteinander verschmelzen, da die Zivilgesellschaft mit westlichem Gesellschaftsdenken eine Einheit bildet. Dem widerspricht auch nicht, dass die mitteleuropäischen Bürgerrechtler zivilgesellschaftliche Ansätze verfolgten, da es ihnen ja gerade um eine Verwestlichung ging. Und das Zivilisierungskonzept ist auch mit dem Modernisierungsparadigma zu verbinden, wenn man wie Jarusch darunter gesellschaftliche Selbstorganisation, Normen eines zivilen Umgangs miteinander, kulturelle Zivilisiertheit, ökonomische Selbstregulierung und staatsbürgerliche Partizipation versteht.

Gleichzeitig folgt der Autor dem bisher kaum verwirklichten integrativen Ansatz deutscher Zeitgeschichtsforschung, der versucht, die Geschichte der DDR als Teil der Nationalgeschichte und der der heutigen Bundesrepublik zu begreifen. Damit unternimmt er einen wagemutigen Versuch, endlich die weitverbrei-

tete jeweils separate Geschichtsschreibung über die Geschichte der Bundesrepublik und die der DDR zu überwinden. Dies ist zukunftsweisend und verdienstvoll, jedoch nicht ohne spezifische Gefahren. Einer von ihnen ist auch Jarasch erlegen, da ihm letztlich die Integration der Geschichte beider deutscher Teilstaaten nur partiell gelungen ist. Öfter dagegen wird ein Abschnitt über die Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR nur an die jeweiligen Ausführungen über die westlichen Besatzungszonen bzw. die Bundesrepublik angehängt, wobei hier ein besonderer Schwerpunkt auf die amerikanisch besetzte Zone bzw. auf die Politik der USA gelegt wird. So beschreibt der Autor zwar den richtigen Weg, das Erreichen des Zieles einer wirklich integrierten Geschichte konnte er jedoch noch nicht durchgehend erreichen.

Dagegen vermag er überzeugend darzustellen, dass die Neuorientierungen in allen Besatzungszonen nach 1945 von den Siegern erzwungen werden mussten. Gleichzeitig konnte dieser Prozess nur erfolgreich sein, weil sich bei den Besiegten die Bereitschaft durchsetzte, sich an ihm zu beteiligen. Da dies erreicht werden konnte, war auch der Militarismus als Denkungsart zu überwinden und die Wende zur Friedfertigkeit war durchsetzbar. Dies konnten weder die Wiederbewaffnung im Westen, noch die geradezu wahnhafte Militarisierung im Osten wieder aufheben. Auch das Abrücken vom Nationalismus, die Entnazifizierung und die Modernisierung der sechziger Jahre vermag Jarasch beeindruckend zu schildern. Allerdings dominiert die Bundesrepublik unproportional, was besonders bei der Beschreibung von „1968“ deutlich wird, das ausschließlich als Ereignis des Westens ins Blickfeld gerückt wird. Dagegen reiht Jarasch das bürgerrechtliche Aufbegehren in einer friedlichen Revolution in der SED-Diktatur 1989 konsequent in seinen zivilgesellschaftlichen Erklärungsansatz deutscher Zeitgeschichte ein.

Ärgerlich sind dagegen immer wieder auftretende terminologische Ungenauigkeiten. Dazu gehört, dass Jarasch einerseits den Begriff der Revolution für die Ereignisse von 1989/1990 gebraucht, andererseits die Bezeichnung „friedliche Revolution“ aber wieder als eine von mehreren Definitionsmöglichkeiten behandelt und den unsäglichen Begriff „Wende“ verwendet. Auch wird die Bundesrepublik immer wieder mit dem Kampfbegriff „BRD“ bezeichnet und der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 auf einen Arbeiteraufstand reduziert, statt von einem von breiten Volksschichten getragenen Volksaufstand zu sprechen. Und auch die Zahl von 270 an den Aufstandshandlungen beteiligter Orte entspricht nicht den neuesten Forschungen, die spätestens seit dem Jahr des 50. Jahrestages des Ereignisses mehr als 700 Aufstandsorte nachweisen können. Nicht zu überzeugen vermag auch der Versuch, 1953 in der DDR mit Arbeiterprotesten 1952 in der Bundesrepublik zu verbinden. Und fragwürdig bleibt auch, das Gesellschaftssystem der ostdeutschen Diktatur als „Sozialismus“ zu bezeichnen. Konsequenter wäre es, hier von einer kommunistischen bzw. stalinistischen Herrschaftsform zu sprechen oder von einer totalitären Diktatur. Und auch das immer wieder vom Autor verwandte „Links-Rechts-Muster“ trifft so oft nicht zu, wie auch nicht „die Kirche“ die Opposition in der DDR unterstützte, son-

dern Teile der protestantischen Landeskirchen. Bei der Beschreibung der ostdeutschen Bürgerbewegung berücksichtigt Jaraus wichtige Forschungsergebnisse nicht und auch sein Muster des langsamen Anstiegens von passiver Resistenz zu offenem Widerstand wird von der Mehrzahl der Forscher zu diesem Thema nicht geteilt. Die Aufzählung von kleineren Ungenauigkeiten ließ sich fortsetzen. Hier sei nur noch erwähnt, dass in der DDR ein bescheidener „sozialistischer Konsum“ problemlos mit dem Rückzug in das private Leben zu verbinden war, und dass das Bonner Museum der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland durchaus auch die Geschichte der DDR berücksichtigt.

Jaraus irrt auch, wenn er als zwei alternative Modelle der „Moderne“ „Sozialismus“ in der DDR und „Kapitalismus“ in der Bundesrepublik begreift. Viel näher liegt es, die ostdeutsche Diktatur als Form von Anti-Moderne zu beschreiben und darin einen Grund für ihr Scheitern zu sehen. Dagegen hat er recht, Westernisierung, Demokratisierung und Mobilisierung als Ende des deutschen Sonderweges zu sehen und als ein Ankommen in der westlichen Zivilisation. Dazu hat die friedliche Revolution Wesentliches beigetragen, wenn dies auch in der deutschen Öffentlichkeit immer noch zu wenig reflektiert wird. Allerdings hat die Delegitimierung der DDR durchaus nicht, wie Jaraus annimmt, zu „tiefer Depression“ der Ostdeutschen geführt, sondern wenn es diesen Gemütszustand überhaupt gibt, dann hat er ganz andere Gründe – und zwar handfestere wie Massenarbeitslosigkeit und Abwanderung aus dem Osten – im deutschen Vereinigungsprozess. Ob die Integration von Ausländern dagegen wirklich das zentrale Problem der vereinten Bundesrepublik ist, wird fragwürdig bleiben und auch die zivilisatorische Zähmung des wiedergewonnenen Nationalstaates nach westlichem Vorbild erscheint nicht als die große Aufgabe der Zukunft, sondern als in wesentlichen Teilen schon längst gelungen. Und so ist die Berliner Republik fester begründet als viele annehmen, und das ist begründet in Zivilgesellschaft und Westbindung.

PD Dr. habil. Rainer Eckert, Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Postfach 415, 04004 Leipzig.



Sven Felix Kellerhoff, *Hitlers Berlin. Geschichte einer Hassliebe*, Berlin 2005 (be.bra verlag), 223 S.

Der Publizist Sven Felix Kellerhoff (Leitender Redakteur für Zeit- und Kulturgeschichte bei der Tageszeitung „Die Welt“) schildert den Aufstieg, Sieg und Untergang des Nationalsozialismus in Berlin. Er protokolliert weder die Geschichte Berlins zwischen dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Beseitigung des Nationalsozialismus in Deutschland, noch porträtiert er den Geist dieser Stadt oder des deutschen Diktators – obwohl seine Darstellung eben diesen Zeitraum umfasst. Seine erklärte Absicht ist es nicht, mit wissenschaftlichen Untersuchungen zu Berlin im Nationalsozialismus zu konkurrieren. Somit erwartet den Leser keine Analyse von Herrschaftsstrukturen oder des Transformationsprozesses von Elementen der nationalsozialistischen Ideologie in der Gesellschaft. Kellerhoff geht es vielmehr darum, zentrale Aspekte im Verhältnis Hitlers zur Hauptstadt des Deutschen Reiches zu beschreiben und sich der Vielschichtigkeit einer wechselseitigen Beziehung zu nähern, die er als ambivalent ansieht und die bei weitem enger und intensiver gewesen war, als oft angenommen. Der Diktator hatte München als die wichtigste Stadt seiner Bewegung angesehen, aber sehr genau gewusst, dass er die Herrschaft über Deutschland nur in Berlin erringen konnte. Kellerhoff möchte Legenden nachgehen und sie mit den Quellen konfrontieren wie auch danach fragen, auf welche Weise der Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung in der Stadt und ihre Verankerung in der Bevölkerung vor sich ging. Gemessen an diesem Anspruch hat er ein Buch vorgelegt, das auf einer breiten Basis gedruckter Quellen, insbesondere der zeitgenössischen Presse, und in sehr lesenswerter Weise den langjährigen und keineswegs zwangsläufig erfolgreichen „Marsch auf Berlin“ (S. 32) der Nationalsozialisten nachzeichnet, und den Weg verfolgt, auf dem sie die Stadt so gründlich zerstörten, dass die Narben des Krieges und der Teilung noch lange sichtbar sind.

Berlin war die Hauptstadt von zwei Diktaturen. Die Bedeutung der Metropole liegt auf der Hand: Die wichtigsten staatlichen Behörden sind dort angesiedelt, von den Machtzentralen geht die Regierungsgewalt aus. Doch neben der Funktion als Verwaltungszentrum besitzt die Stadt einen erheblichen Symbolwert. Was den führenden Kommunisten im SED-Politbüro nicht gelang, nämlich Berlin trotz jahrelanger Anstrengungen unter ihre Kontrolle zu bringen, weswegen sie schließlich die Mauer errichten ließen, erreichten die Nationalsozialisten 1933 scheinbar über Nacht.

Am 30. Januar griff der Führer der NSDAP in Berlin nach der Macht. Auf Fotos und Filmen über den berühmt-berüchtigten Fackelzug durch das Brandenburger Tor sieht es aus, als beherrschte er die Stadt. Die Szenen waren allerdings Produkte des Propagandaapparates und anlässlich zweier späterer Nachstellungen des Ereignisses entstanden. An dem stundenlangen Spektakel

nahm unmöglich eine Million Berliner teil, wie Goebbels behauptete. Gleichwohl säumten Zuschauer die Straßen, um den Aufmarsch einiger Tausend uniformierter Anhänger des Naziführers nicht zu verpassen. Der von Kellerhoff zitierte Harry Graf Kessler hatte in sein Tagebuch notiert: „Berlin ist heute Nacht in einer reinen Faschingsstimmung“ (S. 90). Kesslers Beobachtung bezog sich auf das pompöse Äußere der Inszenierung. Der zugleich mit einer Repräsentation der Macht verbundene Zweck blieb ihm wie der Mehrheit der Zeitzeugen verborgen: Mitglieder und Sympathisanten der KPD fühlten sich wie so oft von den Schlägertrupps der SA provoziert und ließen sich noch in derselben Nacht mit ihnen auf eine Straßenschlacht in Charlottenburg ein. Bei den gewaltsamen Ausschreitungen erschossen sie einen SA-Führer und einen Oberwachtmeister der Berliner Polizei. Die beiden Toten gaben der neuen Regierung den Anlass, die drohende Gefahr eines bevorstehenden kommunistischen Aufstandes zu beschwören und sogleich am Beginn ihrer Herrschaft den unvorstellbaren Terror gegen alle Kontrahenten zu eröffnen. Die Spirale der Gewalt, die alles und alle in den Untergang riss, begann sich von diesem Tag an auf einer höheren Ebene zu drehen.

„Hitlers Berlin“ ist übersichtlich in sechs Kapitel gegliedert, folgt der Chronologie der Ereignisse und setzt ein mit dem ersten kurzen Aufenthalt Hitlers in der deutschen Hauptstadt: Der Rekonvaleszent, der 1916 in einem nahe gelegenen Lazarett eine Verwundung auskurierte, weilte zu einem kurzen Besuch in der Stadt. In den Jahren nach dem Krieg reiste Hitler dann nicht als Tourist, sondern vorrangig als Bittsteller nach Berlin, um in völkisch-nationalistischen Kreisen Spenden für die NSDAP zu sammeln. Allerdings konnte die nationalsozialistische Bewegung auch nach seinem ersten politischen Auftritt 1922 im „Nationalen Klub“ vor Offizieren, Beamten und Unternehmern keine Popularität gewinnen. Die „Eroberung“ (Überschrift Kapitel 2) blieb vorerst lediglich ein fernes Ziel. Bereits vor dem reichsweiten Verbot der NSDAP im Anschluss an den Putschversuch im November 1923 hatte sie der preußische Innenminister auf der Grundlage des Republikschutzgesetzes in Preußen Ende 1922 verboten.

Im zweiten Kapitel befasst sich Kellerhoff mit dem schwierigen Aufstieg der NSDAP in Berlin bis Anfang 1933. Nach der Neugründung 1925 traten ihre Anhänger wiederum mit aggressiven Aktivitäten in Erscheinung. Das Gewaltpotential der SA sollte in Öffentlichkeit und Presse Aufmerksamkeit erregen, es verstärkte zudem Flügelkämpfe in der Partei, die auch der 1926 zum Gauleiter ernannte Joseph Goebbels nicht schlichten konnte und wollte. Er selbst bevorzugte diese Strategie, die 1927 zu einem neuerlichen kurzzeitigen Verbot im Stadtgebiet von Berlin führte. Hitler hingegen hatte offiziell einen legalen Kurs angeordnet – in diesem Widerspruch bewegte sich der besonders in Fragen der Propaganda geschickt agierende Goebbels. Kellerhoff widerlegt im übrigen die Legende, Berlin sei eine Hochburg des anti-nationalsozialistischen Widerstandes gewesen. Das Wahlverhalten der Einwohner unterschied sich nur geringfügig vom Reichsdurchschnitt. Nachdem die NSDAP bei den Reichstagswahlen im

Sommer 1932 zwar stärkste Partei, Hitler jedoch trotz des Wahlsieges wieder nicht Kanzler geworden war, fiel er in der Gunst der Berliner zurück.

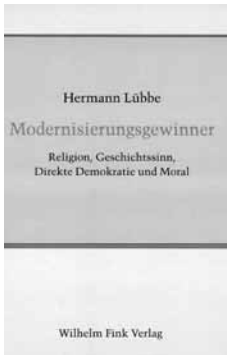
Die Errichtung einer zentralistischen Parteidiktatur erfordert die Eliminierung alternativer Politikentwürfe. Kapitel 3 zeichnet unter der Überschrift „Macht“ das Szenarium des innenpolitischen Schreckens der Jahre 1933 und 1934 nach. Gestützt auf Notverordnungen, eroberten die zu preußischen Hilfspolizisten gekürten gewaltbereiten SA-Horden die Straßen Berlins: Sie sprengten Wahlversammlungen der anderen Parteien, mit Vorliebe der KPD, verschleppten deren Mitglieder und Anführer, folterten und mordeten. Offiziell waren „die Urheber der Gewalt [...] zu Organen der Staatsmacht“ (S. 92) ernannt worden, ehe im Sommer 1934 der Enthauptungsschlag gegen die SA-Führung und andere unbotmäßige Gegenspieler auch die anhaltenden Spannungen zwischen SA und NSDAP brutal beendete. Nachdem die politische Konkurrenz und die innerparteiliche Gegnerschaft gewaltsam beseitigt waren, herrschten Ruhe und Ordnung, wie sie die Nationalsozialisten verstanden. Diesem Umstand und der Dynamik der Propaganda konnte sich kaum jemand entziehen, der den Versprechungen Glauben schenkte und gesicherte politische Verhältnisse anstrebte. Statistische Daten verhelfen nicht zu zuverlässigen Aussagen über die Zahl der Anhänger Hitlers in der Reichshauptstadt. Die Zustimmung stieg von Jahr zu Jahr und die meisten Berliner „arrangierten sich reibungslos mit dem System“ (S. 115). Kellerhoff informiert darüber wie über die geplanten und begonnenen Neubauten in der Stadt: Der Diktator beabsichtigte, Berlin in eine gigantische Kulisse für seine Politik umzuformen. Neben der Verfolgung und Vernichtung politischer und rassischer Gegner diente das Terrorsystem der Konzentrationslager unter anderem der Baustoffproduktion, so auch das als Außenlager von Sachsenhausen errichtete „Klinkerwerk“. Hitlers architektonische Ideen wurden nicht realisiert, er steuerte auf den Krieg zu, die Vorbereitungen dazu banden die Ressourcen, und das Kriegsgeschehen veränderte die Stadt grundlegender, als es durch die Verwirklichung der Baupläne möglich gewesen wäre.

Die beiden abschließenden Kapitel des Buches tragen folglich die Titel „Heimatfront“ und „Schlachtfeld“. Der Krieg wurde in Berlin geplant und befohlen, ging von Berlin aus und kehrte nach Berlin zurück. Die männlichen Einwohner zogen an die Fronten, bis sich die Frontlinien durch Berlin zogen. Die deutsche Hauptstadt war seit Sommer 1940 eines der vorrangigen Ziele britischer Bombenflugzeuge. Aus diesem Grund befanden sich die Berliner frühzeitiger im Krieg als die Bewohner anderer Regionen. Das wirkte sich allerdings wenig auf ihre Einstellung zum Nationalsozialismus aus. Anfänglich bildeten zerstörte Häuser neue Sehenswürdigkeiten, und die Ergebnisse der Bombardierungen blieben weit hinter den Erwartungen zurück. Auch die schweren Zerstörungen und erheblichen Todesopfer der 1943 eröffneten „Luftschlacht um Berlin“ (S. 164) beeinflussten die Bevölkerung nicht in dem Ausmaß, dass sie sich vom Regime abwandte. Der Zweite Weltkrieg endete erst mit dem Einmarsch der Roten

Armee: Straße für Straße, Haus um Haus, jeden Stein von Berlin mussten sowjetische Soldaten erobern.

Kellerhoffs Rückblick auf die Vergangenheit Berlins sensibilisiert für die Spuren der Geschichte in der heutigen Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland. Davon profitiert der aufmerksame Leser, der Anregungen für einen Besuch erhält, und die Forschung. Es ist in der Tat skandalös, dass die politische Unterstützung für ein fundiertes umfassendes Forschungsprojekt „Berlin im Nationalsozialismus“ bislang fehlt, gerade weil die „deutsche Teilung die [...] jüngste Vergangenheit Berlins zu einem geschichtspolitisch umkämpften Feld machte“ (S. 8) und Berlin mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und der Erinnerungsstätte für die Opfer des Holocaust, um nur zwei zu nennen, zu einem zentralen Ort der Reflektion der Geschichte wurde. Sicherlich ist die systematische Neuordnung und Erschließung der hinterlassenen Akten der geteilten Stadt im Landesarchiv Berlin noch längst nicht abgeschlossen, dennoch ist das kein Argument, das gegen eine dringend erforderliche und die Einzelaspekte miteinander verbindende Gesamtschau spricht. Detailstudien zum nationalsozialistischen Terror, zur Judenverfolgung und zur Stadtplanung, zu Bombenkrieg und Kriegsende gibt es. Dabei bleiben Fragen offen, die untersucht, andere, die zueinander in Beziehung gesetzt werden müssen, und eventuell wird auch die beantwortet, weshalb Kellerhoff sich für den Untertitel „Geschichte einer Hassliebe“ entschied. Für eine solche Beurteilung liegen noch nicht ausreichend faktische Anhaltspunkte vor: Die Ansichten Hitlers über Berlin scheinen mehr von Verachtung als von Hass geprägt gewesen zu sein, und die Berliner liebten oder hassten den Diktator offensichtlich nicht mehr und nicht weniger als andere Deutsche. Diese Anmerkung schränkt keineswegs die Bedeutung von „Hitlers Berlin“ ein, sondern unterstreicht sie: Das Buch präsentiert in kompakter Form den derzeitigen Kenntnisstand und die offenen Forschungsprobleme über den Nationalsozialismus und die Nationalsozialisten in Berlin.

Dr. Thomas Widera, Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden, D-01062 Dresden.



Hermann Lübbe, *Modernisierungsgewinner. Religion, Geschichtssinn, Direkte Demokratie und Moral*, München 2004 (Wilhelm Fink Verlag), 211 S.

Hermann Lübbe vertritt in der thematisch gruppierten Sammlung zumeist bereits andernorts erschienener Aufsätze und Vorträge, die um drei Erstveröffentlichungen bereichert wurde, eine zunächst widersprüchlich anmutende These: Die „zivilisatorische Modernisierung“ begünstigt „Lebensmächte [...], die nach ihrem Sinn dem Kriterium der Modernität gar nicht unterliegen“ (S. 11).

Auf den ersten Blick erscheint die Ansammlung von Themen wie beispielsweise „Die Säkularisierung als Voraussetzung religiöser Erneuerung“ (S. 35–45), „Die Kunst und der Fortschritt“ (S. 99–113) oder „Föderalismus im 21. Jahrhundert. Zivilisationsevolutäre Voraussetzungen“ (S. 167–183), um drei der insgesamt zwölf Titel zu nennen, eher disparat. Doch gerade darin erweist sich Lübbes Stärke. Aus der vermeintlichen Unübersichtlichkeit der Moderne greift er Themen heraus (Religion säkularisierungsbegünstigt; Selbsthistorisierungstendenzen moderner Kultur; politische und moralische Modernisierungsfolgen), die seine oben zitierte These zu stützen vermögen. In den Worten Hannah Arendts an Richard Bernstein könnte die Motivation für dieses synthetisierende Vorgehen in folgendem Ausspruch gefunden werden: „Manchmal denke ich, dass wir alle in unserem Leben nur einen einzigen wirklichen Gedanken haben, und alles was wir tun, Ausarbeitungen und Variationen des einen Themas sind.“

Doch nun zur Religion als Modernisierungsgewinnerin. Paradoxerweise ist es der Säkularisierungsprozess als verfassungsrechtspolitischer Modernisierungsprozess, der sich in der Trennung von Staat und Kirche äußert und das friedliche Koexistieren verschiedener Religionen unter dem Schutz der Religionsfreiheit gewährleistet. Als Paradigma für diese Entwicklung gilt der religiöse Pluralismus der Vereinigten Staaten. Mutige Religionsflüchtlinge, die ihre angestammte Heimat aufgaben, waren die wesentlichen Triebkräfte der Entwicklung in der Neuen Welt. „Gerade diejenigen Bürgergruppen, die schlechterdings nicht bereit sind, Gehalte ihrer traditional vermittelten Gewissheiten zur Disposition von Diskursen zu stellen, werden zu Parteigängern politischer Aufklärung, nämlich insbesondere dann, wenn sie sich als Minderheiten zu behaupten haben“ (S. 19). Bei der amerikanischen Religionsfreiheit handelt es sich also „um ein Resultat ‚ungeplanter Demokratisierung der Religion‘“ (S. 21, in Anlehnung an Michael Zöllner). Von hier aus ist es nicht mehr weit zu dem Vortrag „Die Säkularisation als Voraussetzung religionskultureller Erneuerung“ (S. 35–45); zu dem Aufsatz „Bekennereifer modern. Über Konsensgrenzen“ (S. 46–57), in dem auf das friedensstörende Potential des Glaubensfundamentalismus jeglicher Couleur aufmerksam gemacht wird; zu dem für Lübbes wissenschaftlichen

Werdegang instruktiven Aufsatz „Die Religion und die Legitimität der Neuzeit. Modernisierungsphilosophie bei Eric Voegelin, bei Hans Blumenberg und in der Ritter-Schule“ (S. 58–79) sowie zu dem Sonderweg der amerikanischen „Zivilreligion“. In diesem Zusammenhang wird auf „Deutsche Vorbehalte und Missverständnisse“ aufmerksam gemacht (S. 80–95).

Komplementär zum Modernisierungsprozess ist ein beständig ansteigendes Interesse an der Vergangenheit zu beobachten. Diese Selbsthistorisierungstendenzen moderner Kultur äußern sich nicht zuletzt in überquellenden Archiven. Diesem für die traditionssichernden Wissenschaftsdisziplinen zentralen Aspekt der Memorialkultur ist eine kenntnisreiche Abhandlung unter dem Titel „Die Zukunft der Vergangenheit und die Archive“ gewidmet (S. 129–141). Die Statik der „Denkmale in einer dynamischen Zivilisation“ scheint ein weiteres Paradoxon zu sein. Die baulichen Zeugen, um die sich Denkmalpflege und Denkmalschutz kümmern, lassen das Ausmaß der Konservierungsanstrengungen am deutlichsten vor Augen treten. „Änderungstempobedingter Vertrautheitsschwund – das ist die Wirkung, die im exemplarischen Fall die Baudynamik auslöst, und genau auf diesen Schwund bezieht sich die Denkmalschutzpraxis kompensatorisch. Sie sichert und hält gegenwärtig, was bis in voraussehbare Zukunftszeiträume hinein die Gegenwart mit der Vergangenheit in kollektiver und individueller Erinnerung zusammenbindet“ (S. 117 f.). Ähnliche Tendenzen beobachtet Lübbe für den Bereich der Kunst. Der kunsttheoretische Aufsatz „Die Kunst und der Fortschritt“ (S. 99–113) ist Beweis für Lübbes breit angelegtes Interessensfeld. Fortschritt wird im Sinne Ernst Gombrichs als trivialisierter Begriff verstanden. In letzter Konsequenz führt der künstlerische Fortschritt zu Musealisierung, Ästhetisierung und Historisierung. Die museumsstürmerische Avantgarde findet eben irgendwann auch einmal ihre Kunstwerke in den Ausstellungshallen wieder. „Den Fortschritt in der Kunst gibt es, aber er ist im eingangs erläuterten Sinne trivialisiert, das heisst Verbindlichkeiten, die sich aus vermeintlichen Zielen des Fortschritts ergäben, sind ihm nicht abzugewinnen“ (S. 113).

Abschließend wendet sich Lübbe politischen und moralischen Modernisierungsfolgen zu. In einer detailreichen Beobachtung zu den „Wandlungen in der symbolischen Präsenz öffentlicher Gewalt“ (S. 146–152) zeichnet er nach, dass sich das Gewaltmonopol des Staates immer schwerer an offensichtlichen Äußerlichkeiten dingfest machen lässt. Im Aufsatz „Mehrheit statt Wahrheit“ spricht er über „Demokratisierungszwänge“ (S. 154–166) und die Gefahr, dass Demokratie nicht gegen ihren Missbrauch resistent ist. Die Freiheitsrechte und das unverbrüchliche Festhalten an der Mehrheitsregel sind durch „Sachzwänge der sozialen Koexistenz individueller und kollektiver Subjekte in komplexen und dynamischen Gesellschaften“ (S. 158) bedingt. Von der Verwissenschaftlichung aller Lebensbereiche geht Lübbe zufolge eine Demokratisierungstendenz aus. „Föderalismus im 21. Jahrhundert. Zivilisationsevolutäre Voraussetzungen“ ist daher der logische Folgeaufsatz. Sicherlich sind diese Gedanken auch durch die schweizerische Demokratiepraxis angeregt. Eine weitere modernisierungs-

bedingte Wechselwirkung ist zu konstatieren: „Die Ausbreitung komplexer zivilisatorischer Lebensverhältnisse im Raum verlangt komplementär zu Grossraumorganisationen Selbstbestimmung und selbstverwaltungskompetente Institutionen in kleinen Räumen und das müsste im Prinzip auch den Föderalismus unbeschadet seiner vormodernen historischen Erbschaft, die er mit sich führt, begünstigen“ (S. 180). Den Abschluss des Sammelbandes bildet eine Veröffentlichung mit dem Titel „Die Wirklichkeit und der gute Wille. Über die Moralisierung des Wissens.“ Die Ausweitung des verfügbaren Wissens beinhaltet die Gefahr, dieses durch Moralisierung unzugänglich zu machen, indem es für in diskutabel erklärt wird. „Die skizzierten Moralisierungstendenzen, die moderne Öffentlichkeiten prägen, begünstigen institutionenpolitisch Einrichtungen direkter Demokratie“ (S. 194). Lübke vertritt eine zukunftsoptimistische Sichtweise, wenn er sagt: „Umfang und Intensität der Rezeption entscheidungsrelevanter Information wachsen mit den Chancen der Beteiligung an den Entscheidungsprozessen“ (S. 195).

Ein Sach- und ein Personenregister erleichtern die Zugänglichkeit der Informationen des Bandes. Dem Leser wird ein facettenreicher Einblick in Lübkes Schaffen der letzten zwei Jahre, aber auch in sein modernisierungsphilosophisches Denken insgesamt gewährt. Eindrucksvoll ist die Bandbreite der nahezu das gesamte kulturwissenschaftliche Spektrum umfassenden Ausführungen.

Eine kleine Randbemerkung ist noch anzufügen. Etwas geschmälet wird das Lesevergnügen durch die einen nichtschweizerischen Nutzer des Buches, das im Wilhelm Fink Verlag München erschienen ist, irritierende Tatsache, dass im gesamten Textbestand kein einziges altgedientes ‚ß‘ aufzufinden ist. Nicht der modernisierungsbedingte Wegfall des Konsonanten durch einen automatischen Wechselbefehl, sondern die Rechtschreibtradition der Schweiz und die föderale Organisation der Zwischenstaatlichen Organisation für die deutsche Rechtschreibung sind Ursache hierfür.

Hans Jörg Schmidt, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden, D-01062 Dresden.



Karl Marx/Friedrich Engels, Studienausgabe in fünf Bänden, hg. von Iring Fetscher, Berlin 2004 (Aufbau Taschenbuch Verlag), Band I: 271 S., Band II: 304 S. Band III: 272 S. Band IV: 304 S. Band V: 204 S.

Anzuzeigen ist eine von Iring Fetscher besorgte fünfbändige Studienausgabe mit Texten von Karl Marx und Friedrich Engels. Gliederung und Auswahlprinzip dieser Studienausgabe seien durch den Zweck nahegelegt, so der Herausgeber, eine „möglichst gerechte, allseitige Würdigung des kritischen Werkes von Marx und Engels“ zu ermöglichen (Bd. I, S. 14). Der erste Band, „Philosophie“,

dokumentiert die wesentlichen Arbeiten zur Philosophie, zur Grundlegung der historisch-materialistischen Geschichtstheorie sowie in einer (wesentlichen) Auswahl die sogenannten Altersbriefe von Engels zum historischen Materialismus.² Band II, „Politische Ökonomie“, versammelt kleinere Einführungsschriften sowie Teile aus den großen, teilweise aus dem Nachlass herausgegebenen Werken zu dem im Bandtitel genannten Gegenstand. Der dritte Band, „Geschichte und Politik 1“, bringt wichtige Dokumente der von Marx und Engels mitgestalteten Arbeiterbewegung sowie für das Verständnis der marxistischen Theorie wichtige Programmentwürfe, Randglossen, Denkschriften, Briefe etc. Band IV, „Geschichte und Politik 2“, enthält eine Reihe von Abhandlungen und Artikeln zu zeitgeschichtlichen Ereignissen bzw. zur Analyse der Gegenwart. Band V schließlich enthält eine Zusammenstellung wichtiger Textpassagen insbesondere aus den „Grundrissen“ und den „Theorien über den Mehrwert“ unter dem Titel „Prognose und Utopie“. In Abweichung von der ansonsten geübten Praxis, vollständige Texte oder wenigstens ganze Kapitel wiederzugeben, werden hier kürzere und längere Textpassagen zum Verständnis der „Kritik der politischen Ökonomie“, der Marxschen Vorstellungen von einer zukünftigen Gesellschaft sowie des ökologischen Problembewusstseins bei Marx und Engels abgedruckt.

Um es kurz zu machen: Die Auswahl kann als gelungen betrachtet werden. Freilich lässt sich über jede Auswahl beckmesserisch urteilen. Unterrepräsentiert, so könnte man einerseits meinen, ist Marx' Hauptarbeitsgebiet, die politische Ökonomie. Abgesehen vom 1. Kapitel des 1. Buches des *Kapital* in der Fassung der Erstausgabe von 1867, enthält die gesamte Ausgabe nur wenige Seiten aus dem Hauptwerk von Marx. Andererseits mag dies in der systematischen Natur und der Komplexität der Marxschen ökonomischen Theorie begründet lie-

2 Der auf den S. 249–252 abgedruckte Engelssche Brief vom 25. Januar 1894 war nicht an H. Starkenburg, sondern an Walther Borgius gerichtet. Heinz Starkenburg hatte die Antwort von Engels ohne Angabe des Empfängers in der Zeitschrift „Der sozialistische Akademiker“, Nr. 20, 1895, lediglich veröffentlicht. Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Berlin 1968, Band 39, S. 205, Anm. 245.

gen. Wer sich mit dieser beschäftigen möchte, wird ohnehin auf die drei Bände von „Das Kapital“ zurückgreifen müssen.

Der Herausgeber hat darauf verzichtet, die im Ostberliner Dietz Verlag erschienene und zumindest in der DDR weit verbreitete zweibändige Marx/Engels-Ausgabe „Ausgewählte Schriften“ einfach nur zu überbieten. So geht seine ganz anders konzipierte Ausgabe weit über diese hinaus, ohne sie aber auch nur annähernd vollständig zu ersetzen. Gleichwohl dürfte sie nahezu alles oder jedenfalls sehr vieles enthalten, was man in philosophischen und politikwissenschaftlichen Einführungsveranstaltungen braucht.

Der erste Band enthält ein „Vorwort zur Studienausgabe“, in dem der Herausgeber die Rezeption und die Wirkungsgeschichte des Marx/Engelsschen Werkes knapp umreißt. Zudem gibt es für jeden Band eine kurze Einleitung sowie ein Literaturverzeichnis. Band IV enthält eine Zeittafel zu Lebensdaten, Werken, Daten zur Geschichte der Arbeiterbewegung und allgemeinen Geschichtsdaten.

PD Dr. Lothar Fritze, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden, D-01062 Dresden.



Krzysztof Ruchniewicz/Stefan Troebst (Hg.), Diktaturbewältigung und nationale Selbstvergewisserung. Geschichtskulturen in Polen und Spanien im Vergleich, Wrocław 2004 (Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego), 276 S.

Die Sammelarbeit³ dokumentiert Workshop-Beiträge und gehört in den Kontext eines von der Volkswagenstiftung geförderten Projektes. Neben dem antragstellenden und koordinierenden *Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas* an der Universität Leipzig sind an dem Projekt je zwei Universitäten aus Spanien und Polen beteiligt: die Universität Santiago de Compostela, das *Willy-Brandt-Zentrum* für Deutschland und Europastudien der Universität Wrocław, das Historische Institut der Universität Warschau und die Abteilung für Zeitgeschichte an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität des Baskenlandes. Das vorliegende Buch konzentriert sich auf den Vergleich Polen-Spanien, eine Ausweitung der Arbeit auf Portugal, Griechenland und Litauen ist angekündigt.

Das zentrale Thema des Bandes sind die Bilder, die beide Länder und Völker voneinander haben, welches Bild sie von sich selbst entwerfen und – damit ver-

3 Das Buch ist über *Dział Handlowy Wydawnictwa Uniwersytetu Wrocławskiego* (<http://www.wuwr.com.pl>) zu beziehen.

bunden – die Art und Weise, wie sie ihre diktatorische Vergangenheit in den verschiedenen Phasen ihrer Geschichte verarbeitet haben. Dabei geht es auch um historiographische Forschung, aber mehr noch um die Frage des kollektiven Gedächtnisses. Wie sehen die Bürger der beiden genannten Länder ihre Vergangenheit? Was wollen sie vergessen, was haben sie viele Jahre verdrängen müssen? Welche Anstrengungen werden auf breiter Grundlage unternommen, um bestimmte Sichtweisen zu korrigieren?

Warum ausgerechnet ein Vergleich zwischen zwei Ländern, die weit von einander entfernt, an den Rändern der heutigen Europäischen Union liegen? Diese nahe liegende Frage beantworten die Herausgeber mit einer Reihe von Entsprechungen und strukturellen Ähnlichkeiten. Beide Länder hatten zeitweise eine Großmachtrolle inne, koppelten sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts von dem gesellschaftlichen und politischen Modernisierungsprozess Westeuropas ab, pflegten – trotz der von außen wahrgenommenen „Rückständigkeit“ – die Erinnerung an einstige nationale Größe und haben beide eine dominante monokonfessionelle katholische Prägung. Beide Nationen erlebten die parlamentarische Demokratie als krisenhaft und duldeten bzw. unterstützten autoritäre Systeme. Wenn auch auf unterschiedliche Weise, spielten die Frage Konföderation/Region oder Zentralstaat immer wieder eine wichtige Rolle (vgl. S. 245 ff.). Schließlich befassen sich beide Völker, nach zeitlichem Abstand, mit den Ursachen und Hintergründen für ihre Geschichte, weil sie diese Klärung für ihre kulturelle und nationale Identitätsfindung benötigen. Beide Länder ruhen endlich auf nationalen Mythologien auf, die ein fester Bestandteil ihrer Geschichte sind. Troebst meint zugunsten des angestellten Vergleichs gar, dass demgegenüber „innerregional-ostmitteleuropäische Vergleiche“ weniger „erkenntnissträchtig, gar selbstreferentiell sein würden“ (S. 30). Natürlich springen auch die Unterschiede ins Auge: Die Herrschaft Francos war das Werk von Spaniern, die Sowjetisierung Polens das des kommunistischen Einflusses von außen. Andererseits kann man auch sagen, dass Franco ohne äußere Hilfe das Festland niemals hätte erobern können, denn die Mehrheit der Bevölkerung stand auf Seiten der legitimen Regierung. Und ohne polnische Kommunisten wäre eine Kommunisierung Polens schwer möglich gewesen, denn das Land war militärisch nicht besetzt.

Die Beiträge des Buches sind vier Feldern zugeordnet: 1. Diktatur und Gedächtnis, 2. Die Diktatur als Gegenstand historischer „Meistererzählungen“, 3. Diktaturerinnerung und Öffentlichkeit und 4. Nation und Region nach der Diktatur. In dieser Besprechung wird eine Auswahl von Aufsätzen aus den genannten Themengebieten vorgestellt.

Jan Kieniewicz beschreibt in seinem Aufsatz die in Polen auf Spanien projizierten Bilder, besonders nach 1945. Dabei spielte die Propaganda eine nicht geringe Rolle. Zunächst wurde Spanien als blutige faschistische Diktatur dargestellt, die katholische Prägung des Landes wie die Annäherung an die USA – „der Vatikan und Washington“ – bildeten aus der Sicht polnischer Kommunisten weitere negative Faktoren. Auch Spanien sollte durch die Weltrevolution

befreit werden. Ein paar hundert polnische Freiwillige hatten im Spanischen Bürgerkrieg auf Seiten der legalen Regierung gekämpft. Diese Erfahrung prägte ihr Bild vom Franco-Regime. In der polnischen Propaganda erschien die Sowjetunion als Retter des polnischen Volkes, dem unter dem Faschismus ein ähnliches Schicksal gedroht hätte. Die weitere Entwicklung Spaniens – etwa die deutliche Verbesserung der Lebensverhältnisse – wurde nicht zur Kenntnis genommen. Vielmehr beharrte man größtenteils auf den alten Haltungen und Einstellungen. Dazu gehörte die Überzeugung, dass Polen dem Mittelmeerland kulturell, politisch und wirtschaftlich eindeutig überlegen sei. Den Demokratisierungsprozess nach 1975 wollte man lange Zeit nicht zur Kenntnis nehmen. Die soziale und wirtschaftliche Modernisierung Spaniens noch unter Franco, die als Voraussetzung für den nach dem Tod des Diktators einsetzenden Demokratisierungsprozess gilt, wurde ignoriert. Während es trotz aller Verzerrungen in Polen wenigstens ein Spanienbild gegeben hat, trifft das im umgekehrten Fall nicht zu, wie Stefan Troebst ergänzt. Dort richtete man den Blick allein auf die europäischen Großmächte, Polen dagegen war ein weit entferntes Land, für das man sich nicht interessierte.

Der Beitrag von Stefan Troebst ist dem „Diktaturerinnerungsvergleich“ gewidmet. Anfangs reflektiert er die unterschiedliche Vergangenheitsbewältigung in Deutschland und in anderen europäischen Staaten. „Diesem west-ost-deutschen Bewältigungsmodus stehen andernorts in Europa andere, in der Regel weniger rigide Formen des Umgangs mit dem Diktaturerbe entgegen. Diese Formen, die retrospektive Relativierung, gar ‚Geschichtsvergessenheit‘ einschließen, mögen sich, gemessen an der strengen deutschen Elle, als weniger gründlich ausnehmen, sind deswegen aber nicht notwendigerweise weniger erfolgreich. Was in Deutschland als ‚Schlussstrichmentalität‘ verpönt ist, wird in anderen Gesellschaften häufig als das ‚Verheilenlassen alter Wunden‘ und ‚Blick nach vorn‘, ‚Geschichtsbesessenheit‘ hingegen als Störpotential gewertet“ (S. 28). Die „Wendejahre“ in Spanien und Polen seien von Politikern (nämlich Suárez und Jaruzelski) bewerkstelligt worden, die zum innersten Zirkel der alten Machteliten gehört hätten und darum zu einer unblutigen, behutsamen Selbstentmachtung fähig gewesen seien. So können im Rückblick nationalgeschichtliche Meistererzählungen entstehen, denn deren Kunst ist es, auch dunkle Phasen der Nation, etwa die Diktaturen, so einzupassen, dass aus dem Zerrissenen und Kontingenten noch immer ein sinnstiftendes Ganzes werden kann.

Marcin Kula fragt nach dem historischen Gedächtnis in Polen und wie es funktioniert. Zunächst stellt er klar, dass die polnische Geschichtsschreibung der kommunistischen Zeit weit weniger marxistisch gewesen sei als gemeinhin unterstellt. Dennoch hing ihr dieses Verdachtsmoment an. Darum fand die offizielle Geschichtsschreibung in der Gesellschaft keinen Anklang. Damit verbunden war eine Delegitimierung des kommunistischen Anspruchs, Erbe der historischen Traditionen Polens zu sein. Die Solidarność-Bewegung forderte ausdrücklich einen Geschichtsunterricht, der nichts verfälscht oder verschweigt. Seit dem Zusammenbruch des Kommunismus steht tatsächlich eine Reihe neu-

er, bis dahin tabuisierter Themen auf der Tagesordnung: das Massaker von Katyń, die schwierigen Beziehungen zu den Nachbarländern, der Spanische Bürgerkrieg und die Rolle der Kirche. Denkmäler wurden gestürzt, Symbole ausgetauscht. Einerseits lässt das historische Interesse in der Bevölkerung nach, andererseits lösen politische Ereignisse – Jedwabne, der EU-Beitritt, die Arbeit des Instituts für das Nationale Gedächtnis – das bis dahin unbekannte Phänomen öffentlicher Geschichtsdebatten aus. Noch gibt es, Kula zufolge, keinen wirklichen „Konsens über die Grundelemente des nationalen Geschichtsbildes“ (S. 50). Er fordert eine bessere Ausstattung der historischen Forschung durch den Staat und einen interdisziplinären, grenzüberschreitenden Diskurs von den Historikern seines Landes.

Historische „Meistererzählungen“ spielen in Schulbüchern eine wichtige Rolle. Heike Mätzing fragt danach, inwiefern diese in Spanien während der Zeit des Übergangs zwischen 1975 und 1986 umgeschrieben wurden. Wie sah und gewichtete man die Diktatur im Gesamt der nationalen Großdeutung? Sie gelangt zu dem Ergebnis, dass in den 80er Jahren die Geschichte des 20. Jahrhunderts quantitativ zunimmt. Noch 1985 bezeichnete man die Diktatur zwischen 1939 und 1975 als „Ära Francos“ – bis Mitte der 90er Jahre wird der Begriff Diktatur nicht gebraucht, Menschenrechtsverletzungen werden nicht thematisiert. Die Systemmerkmale werden genannt, ohne dass man sie negativ attribuierte. „Die Franco-Zeit wird weder verurteilt noch als ‚Ausrutscher‘ gewertet. Sie ist vielmehr in dem Maße in die nationale Großdeutung eingebettet, dass über das Ende der Diktatur hinweg das franquistische Geschichtsbild zunächst weitervermittelt wird“ (S. 117). Als Träger der Kontinuität trat die Monarchie hervor. So konnte man die Grundmelodie hören: Von der Monarchie über die Republik und Diktatur wieder zurück zur richtigen spanischen Regierungsform – der Monarchie.

Krzysztof Ruchniewicz übernimmt den Part der historischen Schulbuchanalyse für Polen. Er betont das Publikationsmonopol des kommunistischen Staates und die Orientierung der Schulbücher an der jeweiligen politischen Situation. Je höher die Klassenstufe, umso stärker sei die historische Selektion und ideologische Indoktrination gewesen. Außerdem habe es eine enge Verquickung zwischen historischen Inhalten und propagandistischer Interpretation gegeben. Jener Flügel der Polnischen Sozialistischen Partei, der Piłsudski und dessen Partei unterstützt hatte, sei abgewertet, der Westen nach 1945 in düsteren Farben gezeichnet worden. Im Blick auf das Ausland habe es eine klare Hierarchie gegeben. Ganz oben hätten die UdSSR und der kommunistische Block gestanden. Die kapitalistischen Länder, die katholische Kirche und die Deutschen gehörten zu den besonders gepflegten Feindbildern. Die Geschichte der DDR sei zu kurz gewesen, als dass an dem feindlichen Deutschlandbild Korrekturen hätten vorgenommen werden können. Auffällig sei die Tabuisierung von Problemen gewesen, die Russland oder die Ukraine betrafen. Unerwähnt bleibt natürlich auch die Ermordung polnischer Kriegsgefangener in Katyń durch das sowjetische Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten (NKVD). Allenfalls über die

„zaristische“ Zeit konnte man kritisch urteilen. „Der höchste Grad der Ideologisierung und Verlogenheit ist [...] in stalinistischer Zeit zu verzeichnen“ (S. 124), urteilt Ruchniewicz im Blick auf die verschiedenen Phasen der kommunistischen Diktatur in Polen. Das „Schweigen zu verschiedensten historischen Begebenheiten führte zur Entstehung des in den achtziger und frühen neunziger Jahren äußerst populären Begriffs der ‚weißen Flecken‘ [...]“ (S. 125). Mit ihnen befasste sich die freiheitliche Opposition vor allem in den 80er Jahren. Die Schulbücher hinkten freilich immer hinter der jeweiligen Entwicklung hinterher. Erst Anfang der 90er Jahre werden die alten Formeln durch eine angemessene Begriffsbildung ersetzt, die Aktivitäten polnischer Emigranten und die Lage der katholischen Kirche thematisiert. Es gibt in den neuen Schulbüchern zwar den Leitgedanken „Kampf um Bürgerrechte und Souveränität, nicht aber eine klare Akzentuierung des Umbruchs von 1989. Die „Dritte Republik“ erscheint als Teil der „Solidarność-Herrschaft“. Nach wie vor für ein Problem hält Ruchniewicz die Stilisierung der „edlen, opferbereiten, von Hass freien polnischen Seele“ (S. 129); sie erschwere die nüchterne Auseinandersetzung mit historischen Begebenheiten, die nicht in dieses hehre Bild passten.

Paweł Sowiński untersucht die Funktion organisierter Urlaubsreisen für das historische Gedächtnis und die Formung eines offiziellen Volkspolen-Bildes zwischen 1945 und 1989. Dabei hebt er hervor, dass in den einzelnen Phasen die ideologischen Anstrengungen unterschiedlich ausgeprägt waren und man von einer ständigen Zunahme an massentouristischen Konzessionen sprechen kann. Nichtsdestoweniger standen stets systemstabilisierende Lerneinheiten, persönlichkeitsbezogene Kulturerbe-Rezeptionen und gemeinnützige Tätigkeiten auf dem Programm. Aufgrund der Kommerzialisierung des Tourismus zerfledderten ideologische Feindbilder zusehends, Touristen aus dem Westen wurden zu einer wichtigen Devisenquelle. Vielleicht am überraschendsten ist Sowińskis Feststellung, dass sich die kollektive Urlaubsgestaltung durch den Staat – über den Zusammenbruch des Kommunismus hinweg – großer Beliebtheit erfreute. Die Erinnerung an diese Aktivitäten ist ein Element der „weit verbreitete[n] Nostalgie für den sozialistischen Versorgungsstaat“ (S. 171).

Einer der ganz wenigen Aufsätze in diesem Band, die sich innerhalb eines Beitrages wirklich vergleichend mit Polen und Spanien befassen, ist der von Hanna Naimska. Anhand von zwei ehemals regimetreuen lokalen Tageszeitungen analysiert sie die Veränderungen im Alltagsleben einer polnischen und einer spanischen Region – Kujawien und Kastilien – nach 1989 bzw. 1975. Während im *Diario de Burgos* Kontinuität überwog, berichtete die *Gazeta Pomorska* über zahlreiche Erstmaligkeiten – ein Indiz dafür, dass sich nahezu in allen Lebensbereichen ein revolutionärer Wandel vollzog. Dies wurde auch dadurch deutlich, dass die Zeitung den Abschied von zahlreichen Veranstaltungen, Organisationen, Gewohnheiten und Gegenständen vermeldete, die die Menschen oft viele Jahre begleitet hatten. Das traf, wenn auch in weit geringerem Umfang, ebenso für den *Diario de Burgos* zu, dessen „Nachrufe“ allerdings kommentarlos erfolgten. Auf der anderen Seite konnte die *Gazeta Pomorska* über allerlei Neuheiten

- vom Wechselkurs über die Einrichtung von Konfessionsschulen bis über die Eröffnung von Sex-Shops - berichten. Der *Diario de Burgos* hätte umgekehrt über die nur schleppend voranschreitenden Säkularisierungs-Bemühungen in den Schulen informieren können, tat es aber nicht. Während in Polen die alten Nationalsymbole durch neue ersetzt wurden, dominierte in Spanien die Kontinuität des Franco-Kultes. Beides fand in den genannten Zeitungen seinen Niederschlag. Gemeinsam war der *Gazeta Pomorska* wie dem *Diario de Burgos*, dass sie die Neugründung von Aufsehen erregenden Konkurrenzblättern unerwähnt ließen. Insgesamt spiegeln beide Zeitungen den unterschiedlichen Transformationsprozess. Während sich in Polen das alltägliche Leben von heute auf morgen veränderte, verlief dieser Prozess in Spanien beinahe unmerklich und über einen größeren Zeitraum hinweg. Das faschistische System kannte keine Einschränkungen des Konsums oder Versorgungsengpässe. Darum war der Übergang zur Demokratie für das Alltagsleben auch weniger gravierend. Allein das Problem der Arbeitslosigkeit teilte die postfaschistische mit der postkommunistischen Gesellschaft. Während in Polen zahlreiche Theater und Kinos schließen mussten, gab es in Spanien kaum solche Beeinträchtigungen des bisherigen kulturellen Lebens. Auf der Grundlage der Zeitungsberichte resümiert Naimska, dass „die Veränderungen in Spanien hauptsächlich die politische Elite betrafen“ (S. 206), während sich die Lebensverhältnisse in der breiten Bevölkerung kaum änderten. In Polen dagegen war jeder vom Umsturz betroffen. Bitter klingt ihr Schlusssatz: „Die Jugend weiß in beiden Fällen nichts mehr von der jüngsten Geschichte und unterliegt oft Vorurteilen wie ‚Während des Kommunismus war alles besser‘ oder auch ‚Unter Franco herrschte Ordnung‘.“ (S. 207).

Xosé-M. Núñez Seixas beschreibt die verschiedenen Fronten und Paradoxien des spanischen Neopatriotismus nach 1975. Das Bemühen der Linken wie der Rechten geht über einen spanischen „Verfassungspatriotismus“ hinaus. Im Rekurs auf die Geschichte seit der Reconquista sucht man durch emotionale Bindungen eine größere nationale Kohäsion zu erreichen. Dabei verzichteten die sozialistischen Regierungen (1982 bis 1996) auf eine Thematisierung der Bürgerkriegsjahre, um nicht alte Wunden wieder aufzureißen und das „Vergessen“ zu fördern. Seit 1996 bemühte sich die spanische Linke dann, gemeinsam mit den peripheren Nationalbewegungen „die breite antifranquistische Koalition der 1970er Jahre wieder zu beleben“ (S. 234). Die Konservativen pflegten dagegen die „nostalgische Erinnerung an den Nationalkatholizismus“ (S. 235) und verurteilten die peripheren Nationalbewegungen als Bedrohung des Spanier-tums. Der „demokratische Patriotismus“ der Rechten beharrt auf der Notwendigkeit, die Geschehnisse der 30er Jahre zu „vergessen“ und nicht in das historische Gedächtnis mit einzubeziehen. Eine andere Strategie besteht darin, die Repression der Diktatur zu relativieren, die Repressionen auf republikanischer Seite dagegen hervorzuheben und Linksrevolutionäre und Separatisten für den Bürgerkrieg verantwortlich zu machen. Patriotische Projekte gibt es auf der Linken wie auf der Rechten. Zwischen beiden bestehen unüberbrückbare Spannungen.

gen. Phasenweise, wenn die terroristische Gewalt auf Seiten der peripheren Nationalbewegungen groß genug ist, kommt es allerdings zu einer gemeinsamen republikanischen Identität.

Theresa Kulak zeigt, dass es unter den gebildeten Polen schon seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein lebhaftes Interesse an Regionalgeschichte und -kultur gab. „Die Wiedererlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1918 schuf ein günstiges Klima für eine gesamtpolnische Regionalbewegung, die man anfänglich als Kennenlernen aller Gebiete des wiedererstandenen Vaterlandes und ihre Integration verstand.“ (S. 247) Im Interesse der nationalstaatlichen Einheit bremste man aber nach Piłsudskis Maiumsturz 1926 die Entwicklung des Regionalismus. Obwohl auch nach 1945 keine guten Bedingungen für eine Regionalbewegung bestanden, lebten doch hier und da wieder Regionalgesellschaften auf. Mit dem Machtantritt Władysław Gomułkas 1956 konnten sich die regionalen Milieus dann besser entfalten, wiewohl sie unter ständiger Bewachung standen. Denn der „Demokratische Zentralismus“ der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei förderte den proletarischen Internationalismus, nicht den Regionalismus. Immerhin durften die Regionalen Kulturgesellschaften in der Gierek-Ära seit 1977 gesamtpolnische Kongresse organisieren. Im Dezember 1981 wurde diese Entwicklung aufgrund der politischen Ereignisse bis 1986 wieder suspendiert. Nach 1989 konnte sich die Regionalbewegung frei entfalten, 1994 wurde die „Charta des polnischen Regionalismus“ beschlossen. Bisher hatte es sich allein um eine kulturelle Regionalbewegung gehandelt. Politische, wirtschaftliche oder administrative Aspekte fehlten völlig. Das änderte sich jetzt mit der „Bewegung der kleinen Vaterländer“. Man pflegte nun ein Regionalbewusstsein, das mundartliche, religiöse und andere regionalen Besonderheiten hervorhob. Unter dem Einfluss wirtschaftlicher Interessen entwickelten sich regionale Selbstverwaltungen und ein regionales Wertesystem, das zur Akzeptanz der pluralen Struktur gleichrangig nebeneinander bestehender Regionen führte („offener Regionalismus“). Ein Meilenstein für die kulturelle Profilierung der Regionen war das vom damaligen Ministerium für Nationale Bildung im Jahr 1996 eingeführte Programm „Das kulturelle Erbe der Regionen“. Kulak ist davon überzeugt, dass sich durch diese Ansätze wie auch durch die Veränderungen in Europa die regionale Identität der Einwohner verändern wird.⁴

Summe: Es handelt sich insgesamt um ein anregendes, ein wirklich innovatives Buch, dem viele Leser zu wünschen sind. Weiterhin kann man nur hoffen, dass die Herausgeber und Autoren ihre vergleichende Forschungsarbeit fortsetzen werden. Sie ist nicht nur unter forschungsstrategischen Gesichtspunkten

4 Vgl. dazu auch Katarzyna Stokłosa, *Identidad regional vs. Identidad nacional: dos regiones fronterizas de Europa Oriental durante el siglo XX* (Regionale Identität versus nationale Identität: zwei Grenzregionen in Ostmitteleuropa im XX Jahrhundert). In: Universidad de Santiago de Compostela (Hg.): *Memoria e identidades*, Santiago de Compostela 2004, S. 850–863.

der Königsweg, sondern dient auch dem gegenseitigen Verständnis der Völker. Nach einer rückhaltlosen wechselseitigen Offenlegung der „weißen Flecken“ kann man offener miteinander kommunizieren. Vielleicht gelingt es in den Folgebänden, nach dem Vorbild von Hanna Naimska die vergleichende Perspektive zu verstärken.

*Prof. Dr. Dr. Gerhard Besier, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung
e. V. an der Technischen Universität Dresden, D-01062 Dresden.*